



PAPUA-NEUGUINEA

Frank Mihalic ist tot

Der katholische Priester Father Frank Mihalic starb am 8. Dezember 2001 in Kalifornien im Alter von 85 Jahren an einer Lungenentzündung. Der 1916 in Pennsylvania geborene Mihalic reiste 1948 als Missionar der Societas Verbi Divini (SVD) nach Papua-Neuguinea aus. Von Madang aus ging er nach Marienberg in der East Sepik Provinz, wo Michael Somare (der spätere erste Premierminister des Landes) sein Gemeindemitglied wurde. Mihalic kehrte aus gesundheitlichen Gründen für kurze Zeit in die Staaten zurück, bevor er 1969 in Wewak die erste Zeitschrift in Tok Pisin gründete, den bis heute bestehenden „Wantok“. Bis 1979 blieb er Herausgeber des Wantoks. Während dieser Zeit entstand sein „Klassiker“ unter den Wörterbüchern: Das „Jacaranda Dictionary and Grammar of Melanesian Pidgin.“

Mihalic übersetzte die Verfassung von PNG ins Tok Pisin und erhielt 1981 für seine Verdienste um diese Sprache den ‚Order of the British Empire‘. Von 1982 bis 1997 leitete Mihalic die Abteilung „Communication Arts“ an der Divine Universität von Madang. (PC 11.12.01)

Menschenunwürdige Zustände auf Manus

Greg Roberts, Journalist der australischen Zeitung „Sydney Morning Herald“, durfte Anfang Februar als erster Reporter das Flüchtlingslager in der Marinebasis Lombrum auf Manus besuchen. Auf der Insel Manus vor der Nordostküste von Papua-Neuguinea leben knapp 1.000 Menschen, die dort im Rahmen der „pazifischen Lösung“ von der australischen Regierung untergebracht wurden. Roberts berichtete, etliche Flüchtlinge seien an Malaria erkrankt, ein Mann hätte einen Suizidversuch unternommen. Es besteht der Verdacht auf Tuberkulose und Typhus. Die Flüchtlinge - fast alle kommen aus dem Irak - lebten in Wellblechcontainern hinter Stacheldraht und würden von Polizisten mit Gewehren bewacht. Rechtsbeistand wurde den Menschen seitens der australischen Regierung versagt. Zahlreiche Organisationen haben diese Behandlung als „Missachtung der Menschenrechte“ kritisiert.

Die meisten Flüchtlinge wussten zunächst nicht, dass man sie nach Manus gebracht hatte. Sie wollten eigentlich mit Hilfe von Schlepperbanden nach Australien gelangen und dort um Asyl bitten, waren aber vor der Küste von der australischen Marine abgefangen worden. Die australische Regierung hat mit PNG vereinbart, dass die Flüchtlinge zwischen

sechs und zwölf Monaten in der Marinebasis bleiben dürfen, bis über ihren Status und weiteren Verbleib entschieden wird. (SMH 05.02.02, National 18.01.02)

Muschel-Bank eröffnet

Mitte Februar wurde in der Nähe von Rabaul auf der Insel Neubritannien die weltweit erste Muschel-Bank eröffnet. Die Wechselstube in Balanatan befindet sich auf dem Gelände einer Privatfirma auf der Gazelle-Halbinsel in der Provinz East New Britain. Dort stellen die Tolai die größte Bevölkerungsgruppe. Traditionell bezahlen die Tolai mit Muschelgeld. Die Einheit sind „fathoms“; das sind Geldschnüre, die von der Fingerspitze des ausgestreckten Armes zur Fingerspitze des anderen ausgestreckten Armes reichen. In der Sprache der Tolai, dem Kuanua, heißen diese Schnüre „param“, sie wurden als Zahlungsmittel für den „Brautpreis“ oder auch als Kompensationszahlungen genutzt.

Im vergangenen Jahr hatte die Provinzregierung von East New Britain die Zahlung mit Muschelgeld für z. B. Schulgeld, Gerichtskosten und Steuern genehmigt. Die „Tolai Exchange Bank“ wechselt das Muschelgeld in harte Währung, den Kina. Der aktuelle Wechselkurs beträgt vier Kina für ein fathom. Auf der Gazelle-Halbinsel vermuten Experten



Muschelgeld in Höhe von acht Millionen Kina. (PIR 13.02.02, eigene Recherche)

BOUGAINVILLE

Mehrheit für Verfassungsänderung

Die Entscheidung über den zukünftigen Status der Insel Bougainville fiel am 23. Januar im Parlament von Papua-Neuguinea. 86 der 109 Parlamentarier nahmen an der Sitzung zur Beschlussfassung über einen Zusatzartikel zur Verfassung von 1975 teil. Sie sprachen sich einstimmig dafür aus und übertrafen mit drei Stimmen die erforderliche Zweidrittelmehrheit von 83 Stimmen.

In einem zweiten Wahlgang Mitte März muss nun entschieden werden, ob aus dem Gesetzesentwurf tatsächlich der „Zusatzartikel XIV“ wird. Der Entwurf beinhaltet die Erlaubnis für Bougainville, eine autonome Regierung mit weitreichender Autorität zu gründen. Die autonome Regierung wäre verantwortlich für ein eigenes Bank-, Post- und Polizeiwesen, Schifffahrts- und Flugrechte sowie Einrichtungen des öffentlichen Dienstes. Des Weiteren ist in dem Entwurf ein Referendum zur Unabhängigkeit in 10 bis 15 Jahren festgelegt, sofern sich die autonome Regierung von Bougainville an die Vorgaben der Waffenabgabe und der ‚guten Regierungsführung‘ hält. (National und Pasifik Nius 24.01., Independent 06.02.02)

EU zufrieden mit Projekten

Ein ranghoher Mitarbeiter der Europäischen Union (EU) hat sich bei einer Inspektionsreise

zufrieden über den Fortgang der von der Europäischen Union finanzierten Projekte geäußert. Unter anderem unterstützt die EU zwei Ausbildungs- und Fortbildungszentren, den Wiederaufbau einer Werft, die Instandsetzung von 1.100 km Straßen auf der Insel sowie den Wiederaufbau der Markthallen in der Provinzhauptstadt Arawa. (PC 05.02.02)

Evakuierung von Carteret und Takuu steht bevor

Die 1.500 Bewohner der Carteret Inseln und die 2.500 Menschen auf der Insel Takuu in der Provinz Bougainville müssen ihre Inseln verlassen. Beide Inseln liegen auf der Schnittstelle von zwei großen tektonischen Platten des Pazifiks und werden deshalb ständig von Erdstößen und –beben der Stufe sieben bis acht auf der Richterskala erschüttert. Durch die Erdbeben sind die Inseln bereits so weit ins Meer gesunken, dass ein lebenssicherer Gartenbau für die Bewohner nicht mehr gewährleistet ist.

Carteret erhält seit Monaten von der Regierung aus Papua-Neuguinea Nahrungsmittelhilfen. Die Katastrophenhilfe von PNG kauft monatlich Lebensmittel im Wert von 40.000 Kina für die hungernde Bevölkerung auf Carteret. Bei den care-Paketen handelt es sich um Reis und Dosenfisch.

Beide Inseln sind überbevölkert. Zusätzlich zu den Erdstößen haben in den letzten Monaten große Flutwellen die Inseln getroffen und dabei sowohl Häuser als auch Gärten mit sich gerissen. Die Felder und damit auch die Ernte wurden komplett zerstört.

Wissenschaftler an der Universität von Auckland in Neuseeland machen sich Sorgen um die Bewohner von Takuu, einem polynesischem „outlier“, d.h. einer polynesischen Kultur im geographisch zu Melanesien gehörendem Raum. Der Ethnomusikologe Richard Moyle befürchtet, dass die Bewohner von Takuu bei einer Umsiedlung auf die Insel Bougainville ihr traditionell umfangreiches Liedgut nicht werden bewahren können. Laut Moyle kann jeder ältere Bewohner von Takuu rund 1.000 einheimische Lieder auswendig singen. (Independent 6.12., AFP 13.12.01, PIR 20.01.02)

Moi Avei geadelt

Für seine Bemühungen im Friedensprozess auf Bougainville ist Moi Avei Anfang des Jahres von der britischen Königin geadelt worden. Elisabeth II schlug ihn zum Ritter des Order of the British Empire. Sir Moi Avei ist Minister für Bougainville im Regierungsparlament von Papua-Neuguinea und hat sich seit 1998 um Friedensverhandlungen und Wiedergutmachungsprozesse auf der Insel Bougainville bemüht. (www.pacificislands.cc 06.02.02)

BERGBAU

Ok Tedi-Mine ohne BHP

Der australische Bergbaukonzern Broken Hill Proprieties Billiton hat seine 52%-tigen Anteile an der Gold- und Kupfermine Ok Tedi an eine zu diesem Zweck in Singapur gegründete Firma verkauft. Neben dieser Firma „PNG Sustainable Development Program“ hält die kanadische Firma Inmet 18 % Anteile an Ok Tedi, 30 % hält die Regierung von Papua-Neuguinea.

BHP hatte überlegt, die Mine zu schließen aus Angst, für Folgeschäden in Natur und Umwelt verantwortlich gemacht zu werden. Die Regierung von PNG unter Premierminister Sir Mekere Morauta lehnte eine Schließung vor dem geplanten Abbauende in ca. zehn bis 13 Jahren ab. Die 17 Jahre alte Ok Tedi-Mine ist reich an Bodenschätzen, pro Jahr werden 600.000 Tonnen Kupferkonzentrat und 15 Tonnen Gold aus ihr gewonnen. Die Mine trägt 20 % zu den Exporteinnahmen des Landes bei.

Als Kompromiss einigten sich BHP und die Regierung auf das „Mine Continuation Agreement“. Diese Übereinkunft sieht vor, dass die Mine geöffnet bleibt und BHP zukünftig niemals für Umweltschäden verantwortlich gemacht werden darf. Konkret heißt das, dass die Landeigner an den Ufern des Ok Tedi und Fly Flusses BHP nicht mehr nachträglich für die Zerstörung ihrer Umwelt, die Vernichtung von Fischgründen und andere Schäden durch die Abfallstoffe der Mine haftbar machen können. Bis zur Schließung der Mine sollen die betroffenen Gemeinden im Rahmen des Abkommens 180 Mio. Kina an Kompensationen bekommen. (*National 30.01., Asia Times 05.02.02*)

KIRCHLICHE NACHRICHTEN

AUS PAPUA-NEUGUINEA

Aus der ELC-PNG

ELC-PNG Synode

Vom 13. –18. Januar fand die 23. Synode in der Goldgräber-

stadt Wau unter dem Thema „Heilung und Versöhnung für die Lutherische Kirche“ statt. Über Tausend Delegierte und Besucher aus dem In- und Ausland waren gekommen, um an der wichtigsten und größten Versammlung der Lutherischen Kirche in Papua-Neuguinea teilzunehmen. Unter ihnen befanden sich die Bischöfe der Lutherischen Kirchen von Malaysia, Dr. Gideon Chang, Singapur, Rev. John Tan, und den Philippinen, Rev. Benjamin Lasegan. Wohnungsbauminister Ginson Saonuo eröffnete die Synode. Dr. Zirajuki Kemung hielt täglich ein Bibelstudium über „In Gottes- und Nächstenliebe vereint“.

Auf der Synode in Wau wurde Bischof Wesley Kigasung in seinem Amt mit großer Mehrheit bestätigt. Er erhielt 246 Stimmen. Der einzige Gegenkandidat, Rev. Giegere Wenge erhielt 93 Stimmen. Als Stellvertreter von Bischof Dr. Wesley Kigasung wurde Rev. Kiage Mоторo in seinem Amt für eine weitere vierjährige Periode wiedergewählt.

Bischof Dr. Wesley Kigasung will das Schiff der Kirche durch die unruhigen Zeiten, in denen sich Papua Neuguinea befindet, in ruhigere Gewässer steuern. Der Bischof hofft, dass sich die Kirche in geistlicher wie in finanzieller Hinsicht gut entwickelt und sich alle Mitglieder ihrer Verantwortung bewusst sind. Um das zu erreichen, hat die Kirche zwei Programme ins Leben gerufen: „Vision 2010“ und „Regenbogen“.

Vision 2010 hat zum Ziel, die Kirche zu erneuern und zu verjüngen. Regenbogen zielt auf die religiöse Unterweisung an allen Schulen des Landes. Von früh an sollen die Schüler mit der christlichen Lebensweise vertraut gemacht werden. Des Weiteren müsse sich die

Kirche, so Bischof Wesley, mit Umweltschutz, der Aus- und Fortbildung der Laien und der Aids-Aufklärung befassen. Der Glaube habe sich im Leben zu bewähren. Was die Flüchtlinge aus Westpapua betrifft, so müsse die ELC-PNG sich mit der Katholischen Kirche besprechen. (*Postcourier 24.01., 28.01.02*)

Amtierender Kirchensekretär wiedergewählt

Der Kirchensekretär Fua Singin wurde mit großer Mehrheit (252 zu 90) für vier Jahre gewählt. Er versah für ein Jahr, nachdem Reuben Kure Ende 2000 in den Ruhestand trat, dieses Amt kommissarisch. Vorher war er über viele Jahre Leiter des Lutherischen Entwicklungsdienstes (LDS). Er befürwortet eine eigenverantwortliche Kirche. Alle Mitarbeiter und Mitglieder sollten sich redlich bemühen, um die Kirche attraktiv zu gestalten. (*Postcourier 24.01.02*)

Provinz-Regierung unterstützt Synode

Der Gouverneur der Morobe-Provinz, Luther Wenge, hat den die Synode veranstaltenden Mumeng Distrikt mit insgesamt 100.000 Kina unterstützt.

Songang Luther Wenge, der Sohn eines Evangelisten, der viele Jahre im Hochland gearbeitet hat, fördert die kirchliche Arbeit in der Morobe Province. Ein „Wegegeld“ unterstützt die Arbeit der kirchlichen Mitarbeiter in der infrastrukturarmen Provinz. Ebenso erhalten die finanzarmen Distrikte und Institutionen der Kirche in der Morobe Province finanzielle Unterstützung durch die Regierung. Dadurch werden die durch die starke Abwertung des Kina entstandenen finanziellen Engpässe spürbar ge-

mindert. (Postcourier 24.01.02, eigene Meldung)

Pfarrer erschossen

Pfarrer Meggen Zeriga wurde, als er am Morgen seine Tochter vor dem Schultor absetzte, in Port Moresby erschossen. Der festgenommene Täter hatte von Zeriga den Schlüssel für das Fahrzeug verlangt und ihn, als er sich weigerte, erschossen. Rund 400 wurden Zeugen dieser Tragödie und mussten zum Teil seelsorglich betreut werden. Viele von ihnen, so auch die Tochter des Ermordeten, standen unter Schock; die Schule war für einige Zeit geschlossen.

Bischof Dr. Wesley Kigasung hat diesen Mord auf das schärfste verurteilt. „Mit Pfarrer Zeriga verlieren wir einen unserer besten Mitarbeiter und eine große Persönlichkeit“, so die Stellungnahme des Bischofs.

Pfarrer Zeriga bekleidete das Amt des Vizepräsidenten des Papua-Distrikts der Evangelisch-Lutherischen Kirche von Papua-Neuguinea. Er war u.a. in der Partnerschaftsarbeit tätig und besuchte Anfang der 90er Jahre das bayerische Missionswerk und Partnerschaftsgemeinden in Nürnberg-West und Donauwörth.

Die Öffentlichkeit verurteilte die feige Tat und Parlamentssprecher Bernard Narokobi forderte von den Eltern eine bessere Erziehung ihrer Kinder. Die Trauerfeier fand in der Sinoni Kaumi Memorial Church, Gordons, Port Moresby statt. Unter den Trauergästen befanden sich Prime Minister Sir Mekere Morauta, Governor General Sir Silas Atopare und der oberste Richter Sir Arnold Amet. (Postcourier und National 15. – 21. Februar 2002)

Hilfe für Etep

Das in der Nähe von Wasu gelegene Gesundheitszentrum Etep hat aus Deutschland ein neues Röntgengerät bekommen. Zugleich wurden die ersten Ärzte, beide aus Deutschland, eingeführt. Es sind das Arzt-Ehepaar Dr. Rita Wiesenhütter und Ulrich Schöne. Ulrich Schöne wird die Leitung übernehmen. In der Zeit vorher traten wiederholt Schwierigkeiten auf. Die MitarbeiterInnen haben jedoch die Arbeit nicht niedergelegt. Von der Morobe-Provinz-Regierung wurde dem Gesundheitszentrum 50.000 Kina für die Arbeit an den kranken Menschen dieser Region überreicht.

Wie inzwischen bekannt wurde, ist das Gesundheitszentrum in den Status eines Krankenhauses erhoben worden. Von 1966 bis 1994 hatte Schwester Maria Horn das Zentrum geleitet. (Wantok 07.02.02)

Krankenschwestern-Schule erhält LWB-Zuschuss

Die Schwestern-Schule in Madang erhält vom Lutherischen Weltbund zwei Millionen Kina für neue Gebäude und Computer. Gleichzeitig sollen die alten Gebäude renoviert und erweitert werden. Es sollen damit vier neue Klassenräume, ein neues Büro, und zwei Doppelhäuser für das Personal gebaut werden. Außerdem sollen zwölf Computer bestellt werden. Die Leiterin, Schwester Nira Michael, erhofft sich durch die inzwischen erfolgte Angliederung der Schule an die Divine Word University von Madang höhere Studentenzahlen. Durch die vergrößerten Räumlichkeiten haben die Studierenden bessere Möglichkeiten zur Ausbildung sowohl in theoretischen

als auch in praktischen Fächern. Durch die Angliederung an die Universität erhalten die Schwestern nun ein Diplom. Dieses ermöglicht ihnen, überall in Papua-Neuguinea zu arbeiten. (Postcourier 18.02.02)

Führer wegen Kriminalität angeklagt

Die politischen Führer eines Landes sollten hohen moralischen und ethischen Normen genügen. Sie sollten ein Beispiel für Land und Leute sein, dem es nachzufolgen gelte. Das ist die eindeutige Botschaft von Richter Sir Arnold Amet, der zusammen mit dem evangelisch-lutherischen Bischof Dr. Wesley Kigasung und dem katholischen Bischof von Lae, Henry Van Lieshout, im Dezember letzten Jahres am „Big Issue Forum 2002“ teilnahm. Sir Arnold sagte, das Volk rufe nach Führern, die mit gutem Beispiel vorangingen. Führer sollten sich verpflichtet fühlen, Verantwortung und Ehrlichkeit zu zeigen.

Bischof Kigasung forderte die politischen Führer auf, öffentlich zu bekennen, dass sie das Grundgesetz verlassen hätten und ein wunderschönes Land, das Gott geschaffen habe, vernichtet hätten. Das Ergebnis ihres Handelns seien Gesetzlosigkeit und Gewalt. „Was könne man in einer korrupten Gesellschaft mehr erwarten als eine steigende Gesetzlosigkeit und Kriminalität?“ fragte Kigasung die Teilnehmer des Forums. Er forderte vehement die Aufnahme eines Dialogs zwischen den politischen Führern, dem Volk und den kirchlichen Führern. Es gebe viel zu wenig Kommunikation zwischen den Verantwortlichen aller Ebenen in diesem Land, bemängelte der lutherische Bischof. (PC online 07.12.01)

AUS DER ÖKUMENE IN PNG

Papst entschuldigt sich für sexuellen Missbrauch

Papst Johannes Paul II hat sich für den sexuellen Missbrauch durch katholische Geistliche in den Ländern des Pazifiks entschuldigt.

Die Botschaft „Ecclesia Oceania“ sollte durch das Oberhaupt aller Katholiken persönlich im Pazifik verbreitet werden. Papst Johannes Paul konnte die weite Reise aus gesundheitlichen Gründen jedoch nicht antreten, so dass der Vatikan den Text erstmals über das Internet verbreiten ließ.

Die Botschaft richtet sich an katholische Christen in Neuseeland, Australien und den Ländern des Pazifiks. Sie erkennt die gute Arbeit der Kirche in diesen Gebieten an, jedoch heißt es dann weiter: *„In gewissen Gebieten von Ozeanien hat sexueller Missbrauch durch einige Geistliche großes Leid und geistigen Schaden bei den Opfern nach sich gezogen. Dafür drücken wir unser tiefes Bedauern aus. Wir bitten alle Kinder unserer Kirche um Vergebung.“*

Der Papst erklärte, sexueller Missbrauch stünde im tiefen Widerspruch zu der Lehre und dem Zeugnis von Jesus Christus. Er entschuldigte sich in der Ecclesia Oceania außerdem für die gewaltsame Evangelisation unter australischen Aborigines. Katholische Geistliche hatten Kinder von ihren Eltern getrennt und sie in Missionschulen gewaltsam zum Christentum bekehrt. Diese unrühmliche Vergangenheit der katholischen Kirche könne nicht ungeschehen gemacht werden, aber zumindest könne

man das Unrecht öffentlich anerkennen und um Versöhnung bitten. (PINA Nius, PIR 26.11.01, eigene Meldung)

Heilig-Geist-Missionarinnen um ihre Sicherheit besorgt

In einem Brief an den Parlamentssprecher Bernard Narokobi fordern die Heilig-Geist-Missionarinnen ein Verbot für Handfeuerwaffen. Unter den gegenwärtigen Umständen sei es schwer, einer geordneten Arbeit nachzugehen. Weil die Sicherheitslage sich laufend verschlechtere, seien sie nicht in der Lage, ihre vielfältigen Dienste den Menschen in den entlegenen Gegenden anzubieten. Räuberbanden stoppten sie auf ihren Wegen dorthin und stielten Ausrüstung und Autos. Sie brächen in ihre Häuser ein und schossen sogar auf sie. Der kriminelle Einsatz von Schusswaffen zerstöre die Gemeinschaft und die friedliche Entwicklung von Papua-Neuguinea. Nach über einhundert Jahren Arbeit würden sie nun von gesetzlosen Menschen daran gehindert, den Menschen ihre Dienste anzubieten. Sie forderten die Regierung auf, den Besitz und den Gebrauch von Handfeuerwaffen zu verbieten.

Die Schwestern arbeiten im Erziehungs- und Gesundheitswesen wie auch in der Pastoral- und Sozialarbeit in den ländlichen Gebieten des Hochlands, im Sepik- und Madanggebiet. (Wantok 24.01.2002)

Bischof warnt kämpfende Parteien

Bischof Clarence Kapali von der Vereinigten Kirche (United Church) in Mendi droht, allen Besitz seiner Kirche niederzu-

brennen und die Stadt zu verlassen, falls die sich bekriegenden Dörfer Unjamap und Wogia keinen Frieden schließen. Kampf sei keine Antwort auf Probleme, sagte der Bischof. Es seien bereits zu viele Leben durch die Kämpfe ausgelöscht worden.

Bischof Kapali rief eine Friedensbewegung unter Führung von Francis Awesa ins Leben, an der sich auch der katholische Bischof Stephan Reichert beteiligt. Gemeinsam wolle man sich auf die Friedensverhandlungen zwischen den verfeindeten Dörfern konzentrieren. (PC online)

AUS ANDEREN LÄNDERN

Salomonen

Der Bischof der Malaita Diözese, Terry Brown, rief die Mitglieder der Malaita Eagle Force auf, den Entwaffnungsprozess auf den Salomonen nicht zu blockieren. In einer Erklärung des Bischofs hieß es, die früheren Kämpfer der Eagle Force seien immer noch im Besitz von Schusswaffen. *„Waffen helfen niemanden, sie zerstören nur das Land“*, sagte Bischof Brown. Er bat die Regierung, die Polizei auf ihr dauerndes Versagen anzusprechen. Es sei Aufgabe der Polizei, für die Sicherheit der Bevölkerung zu sorgen. Senior-Polizeibeamte, die ihre kriminellen Verwandten vor der Verhaftung zu schützen versuchten, sollten aus dem Dienst entfernt werden. (Pacnews 13.02.02)

Fidschi

Das Pacific Theological College in Suva auf Viti Le-

vu/Fidschi hat einen neuen Principal. Pfarrer Dr. Fele Nokise aus Samoa wurde Ende letzten Jahres vom Rat des Colleges in diese Position gewählt. Nokise ist Historiker für Kirchengeschichte und Mitglied der presbyterianischen Kirche von Neuseeland. Er tritt die Nachfolge von Pfarrer Dr. Jovili Meo an, der insgesamt 14 Jahre am PTC arbeitete, davon die letzten sechs Jahre als Principal. (eigene Meldung)

PAZIFIK IM ÜBERBLICK

Kavaverbot in Deutschland ?

Aus der Kava-Wurzel gewonnene pharmazeutische Produkte sind in Frankreich, der Schweiz und Deutschland bis auf weiteres vom Markt genommen worden. Der Verkauf von Kavaprodukten der Firma Merck in deutschen Apotheken wurde aus Angst vor möglichen Leberschäden ausgesetzt. In Großbritannien wurden Apotheken gebeten, freiwillig auf den Verkauf von Kava zu verzichten.

Aufgrund eines Berichtes des ‚Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte‘ (BfArM) wird zur Zeit überlegt, ob und für welche Kava-haltigen Arzneimittel die Zulassung widerrufen wird. In dem sogenannten „Anhörungsschreiben“ an die pharmazeutischen Unternehmer kommt das BfArM zu der Schlussfolgerung, dass Arzneimittel mit einem Anteil an Kava in 24 Fällen in Deutschland und der Schweiz zu einem Leberschaden geführt hätten.

Getrocknete Kavawurzeln werden u.a. nach Europa und die

USA exportiert, wo die Muskellockernden und beruhigenden Wirkstoffe der Pflanze auf chemische Weise herausgetrennt werden. Pro Jahr werden in Deutschland ca. 140.000 ärztliche Verordnungen für Kavaprodukte ausgestellt.

Hintergrund: Kava ist ein Rauschpfeffer-Wurzelstockextrakt mit den als Kavapyrone bezeichneten chemischen Wirkstoffen Kavain (5,6-Dihydroxy-4-methoxy-6-styryl-2H-pyran-2-on) und dessen Methoxy- und Didihydroxoderivaten Yangonin und Marindinin. Die Kavapflanze (lat. Piper methysticum) ist unter verschiedenen Bezeichnungen bekannt: polynesischer Pfeffer, Rauschpfeffer, Kavakavapfeffer oder Kawa-Kawa. Die Kavapflanze ist ein Strauch, der bis zu vier Meter hoch werden kann. Er besitzt zwei bis zehn Kilo schwere, verästelte, sehr saftige Wurzelstöcke. Die ursprüngliche Heimat der Kavapflanze ist unbekannt, man vermutet sie aber auf Neuguinea oder Vanuatu.

Kulturformen der Kavapflanze werden auf allen Inseln im Pazifik angebaut. Dort wurde Kava als Anxiolytikum eingesetzt - meistens als Trank vor einer religiösen Zeremonie. Heute ist Kava das wichtigste Exportprodukt für viele kleine Inselstaaten.

In Deutschland wird Kava-Kava-Wurzelstockextrakt unter den Handelsnamen Antares[®], Kava-ratiopharm[®] und Kavasporal forte[®] therapeutisch zur Behandlung von leichten allgemeinen Angstzuständen eingesetzt (ähnlich wie Johanniskraut). Die Wirkungsweise ist bisher nicht vollständig geklärt. Als Nebenwirkungen können Sehstörungen sowie leichte allergische Reaktionen (Hautrötung, Juckreiz) auftreten, selten Schockzustände und Leberschädigungen.

Experten gehen davon aus, dass durch Kavakonsum hervorgerufene gesundheitliche Schäden auf die Art der Herstellung (durch toxische Extraktionsmittel?) zurückzuführen sind. Kava-Expertin Dr. Christel Fensterseifer vom Pazifik-Netzwerk e.V. meint dazu: „Der Name Kava für pharmazeutische Kavapräparate ist irreführend. Reines Kavapulver, so wie es bei Kavazeremonien Verwendung findet, ist daher ein ganz anderes Produkt (Stichwort Indigenous property rights). Ich hoffe, dass pharmazeutische und medizinische Untersuchungen hier bald entsprechend Aufschluss geben und möglicherweise andere pharmazeutische Herstellungsverfahren entwickelt werden können.“

Nicht betroffen von dem vorübergehenden Verkaufsverbot sind übrigens im Supermarkt oder Drogerien erhältliche Produkte, wie etwa Kräutertees, die nicht als Arznei zugelassen sind. Es handelt sich hier um homöopathische Mittel bis zu einer Endkonzentration von D6, das heißt, mit einer Wirkstoffkonzentration, die 100.000 mal niedriger ist als beim Ausgangsprodukt. (Pacnews 29.01.02, www.bfarm.de, Email Dr. Ulrich Hagemann, www.drogen-wissen.de, PINA Nius online 15.01.02, Infos unter www.pacificislands.cc)

Geistiges Eigentum soll geschützt werden

Die 14 Länder des Pacific Islands Forum sind von Forumssekretär Noel Levi gedrängt worden, ihre Gesetze zum Schutz des geistigen Eigentums zu modernisieren. Viele der Forumsmitglieder hätten veraltete Vorschriften zum Schutz des geistigen Eigentums, einige hätten gar keine Gesetze, resümierte Levi bei einem Treffen Anfang des Jah-

res auf Fidschi. Traditionelles Wissen, gerade auch im Bereich von Heil- und Nutzpflanzen, müsste besser vor der Ausbeutung durch westliche Industriestaaten geschützt werden, sagte Levi. In Zusammenarbeit mit der World Intellectual Property Organisation und der australischen Regierung haben die Forumsländer einen auf drei Jahre angelegten Plan (Regionally Focused Action Plan) ausgearbeitet, um Gesetze zum Schutz des geistigen Eigentums zu erlassen. (*Pacnews 02.01.02*)

Erneut El Niño im Pazifik?

Klimaforscher des „National Oceanic and Atmospheric Administration“ Zentrum in Washington/USA befürchten das erneute Auftreten des El-Niño-Phänomens in diesem Jahr. Über dem Pazifik habe man dafür Anzeichen entdecken können, es sei jedoch noch zu früh für Aussagen, ob und wann El Niño den Pazifik erreichen werde. Auf keinen Fall werde es diesmal so dramatisch wie 1997/98, da die Wassertemperaturen im Westpazifik niedriger seien als vor drei Jahren, hieß es aus dem Zentrum.

Hintergrund: Alle zwei bis sieben Jahre kommt es im östlichen Pazifik an der Westküste Südamerikas zu einer tiefgreifenden Veränderung der Meeresströmungen und der Luftdruckverhältnisse. Die Folge sind völlig ungewohnte Wetterlagen in den Anrainerstaaten des Pazifiks mit verheerenden Auswirkungen für Mensch und Tier (Überschwemmungen, Wirbelstürme, Flutwellen). Unter normalen Verhältnissen bestimmen ein ausgeprägtes Hochdruckgebiet vor der Küste Südamerikas und der beständig wehende Süd-

ostpassat das Klima dieser Region. Gleichzeitig werden die Strömungsverhältnisse im Ostpazifik von dem kalten, aus Süden kommenden und nach Westen abbiegenden Humboldtstrom geprägt. Alle paar Jahre kehrt sich diese Situation völlig um. Warmes Meerwasser dringt aus Osten und Norden bis an die Küste Südamerikas vor und lässt zahlreiche Fische verenden. Gleichzeitig sorgt ein Tief über dem Ostpazifik für hohe Niederschläge mit oft katastrophalen Überschwemmungen in Teilen von Südamerika. (*Environmental News Network 23.01.02, www.wissen.de*)

Höhere Wellen durch Klimawandel

Die englische Schifffahrtsorganisation P&I Association hat Schiffseigner und Kapitäne auf das gesteigerte Sicherheitsrisiko für Frachtschiffe durch den Anstieg der Wellenhöhe hingewiesen. Wissenschaftler des Ozeanographischen Instituts in Southampton hatten herausgefunden, dass sich die Wellenhöhe durch den globalen Klimawandel in den letzten 30 Jahren nahezu verdoppelt hat. Die durchschnittliche Wellenhöhe im Winter betrug im Nord- und Zentralatlantik und im Nordpazifik früher 2,50 bis 3 Meter, heute dagegen 4,00 bis 4,50 Meter. Riesenwellen erreichen in diesen Regionen inzwischen eine Höhe von bis zu neun Metern. (*Lloyd's List 06.12.01*)

Tuvalu bereitet Klage gegen UK vor

Rechtsanwälte aus Tuvalu bereiten eine Klage gegen England vor. Das verlautete aus dem Sekretariat des Premierministers von Tuvalu, Koloa Talake. Anklagepunkte sollen

die „unfaire Behandlung“ durch die ehemalige Kolonialmacht Großbritannien und die „schroffe Trennung“ der Gilbert und Ellice Inseln sein. Am 1. Oktober 1975 waren die britischen Kolonien Gilbert und Ellice getrennt worden. Aus den Gilbert-Inseln wurde am 12. Juli 1979 die unabhängige Republik Kiribati, aus den Ellice Inseln am 1. Oktober 1978 der unabhängige Staat von Tuvalu. Kiribati waren dabei die Line- und Phoenix-Inseln zugesprochen worden, obwohl die Phoenix-Inseln räumlich näher an Tuvalu liegen. Die Regierung von Tuvalu sieht in der Trennung eine Benachteiligung ihrer Inselgruppe und will nun zunächst Material aus der Kolonialzeit sammeln, um eine Klage vorbereiten zu können. (*Funafuti News 01.02.02, Pacific Islands Encyclopedia*)

Netzwerk zu Atomtests gegründet

Am Rande der Konferenz „Die französischen Atomwaffentests: Der Einfluss auf die Gesundheit“ im Pariser Senat am 19. Januar des Jahres hat sich ein internationales Netzwerk zu Atomwaffentests gegründet: „Réseau international de Paris sur les essais nucléaires“. Ziele des Netzwerkes sind die Kommunikation zwischen Atomtestveteranen, der Informationsaustausch, die Koordination von Gesundheitsstudien bei ehemaligen Arbeitern auf den Testgeländen sowie das Fundraising für die Durchsetzung der Ziele des Netzwerkes. Ansprechpartner und Kampagnenkoordinator ist Bruno Barrillot von der französischen Pazifik-Netzwerk Solidarität und dem „Observatorium für französische Atomwaffen“ in Lyon. Zu der Pariser Konferenz waren rund 250 Personen angereist, darunter Atomtestvetera-

nen aus Tahiti (Organisation „Moruroa e tatou“) und Algerien sowie die australische Senatorin Lyn Allison. (*Pressemitteilung Obsarm 21.01.02*)

OSTTIMOR UND WESTPAPUA

Osttimor wird im Mai unabhängig

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat sich für die Unabhängigkeit Osttimors zum 20. Mai des Jahres ausgesprochen. Mit einer einstimmig von den 15 Mitgliedsstaaten angenommenen Erklärung billigte das Gremium damit den Vorschlag der „Verfassungsgebenden Versammlung“ der indonesischen Provinz vom August 2001 unter Führung der Freiheitsbewegung Fretilin. UN-Übergangsverwalter Sergio Vieira de Mello betonte, im Mai ende damit offiziell die Verwaltung des Landes durch die Vereinten Nationen.

Am 30. August 1999 hatten die Osttimoresen in einem Referendum für die Unabhängigkeit und damit die Loslösung von Indonesien gestimmt. Daraufhin hatten pro-indonesische Milizen das Land mit Unterstützung der Armee terrorisiert, bis zu 3.000 Menschen getötet und 80 % der Infrastruktur zerstört. Seitdem stand Osttimor unter UN-Verwaltung.

Timor Loro Sae („Land der aufgehenden Sonne“, der neue offizielle Landesname) ist nicht ganz so groß wie Schleswig-Holstein. Es hat 840.000 Einwohner, davon sind knapp 80 Prozent arbeitslos. Die Inflationsrate beträgt 700 %. Immer-

hin hat das Land vor der Küste reiche Erdöl- und Gasvorkommen, die zur Einnahmequelle werden könnten. Osttimor war 1975 gewaltsam von Indonesien als Provinz annektiert worden, zuvor war es portugiesische Kolonie. (*AFP 02.11.01, Mis-sio aktuell 1/02*)

Wahrheitskommission klagt an

Die im Januar eingesetzte Wahrheitskommission hat sieben Osttimoresen wegen „Verbrechen wider die Menschlichkeit“ angeklagt. Drei ranghohe Militärs und vier Angestellte sind angeklagt, nichts unternommen zu haben, um den Ausbruch der Gewalt nach dem Unabhängigkeitsreferendum von August 1999 zu stoppen. Konkret hätten sie zwei Massaker in Kirchen nicht verhindert, bei denen Priester und Kirchenbesucher von pro-indonesischen Milizen zu Tode gehackt worden waren.

Die indonesische Regierung hat die Wahrheits- und Versöhnungskommission nach dem Vorbild Südafrikas auf Druck der Vereinten Nationen eingesetzt. Ihr gehören sieben Mitglieder an: ein ehemaliger politischer Gefangener, die Vorsitzende der Organisation „Frauen gegen Gewalt“, ein katholischer Priester sowie weitere Vertreter der Kirche und einer pro-indonesischen Vereinigung. Vorsitzender ist Aniceto Guterres Lopes, Chef der bedeutendsten Menschenrechtsorganisation von Osttimor. Parallel zu der Kommission sollen im ganzen Land sechs Regionalbüros mit bis zu 30 Mitarbeitern aufgebaut werden. (*BBC News 21.02.02, Watch Indonesia 1/2002*)

Provinz offiziell umbenannt

In einer feierlichen Zeremonie in der Stadt Jayapura in Westpapua hat Provinzgouverneur Yacobus Salossa die 26. indonesische Provinz Irian Jaya in „Provinz Papua“ umgetauft. Seit dem 1. Januar 2002 ist Papua eine autonome Provinz der Republik Indonesien. Neben der Namensänderung ist nun auch das Hissen der Morgensternflagge erlaubt, allerdings in geringerer Höhe und nur in Verbindung mit der indonesischen Flagge. Die Autonomieregelung sieht u.a. vor, dass 80 % der Einkünfte durch die Ausbeutung der Bodenschätze künftig im Land verbleiben. (*Joyo Indonesian News 07.01.02*)

Flüchtlinge nicht anerkannt

Die 400 Flüchtlinge aus Westpapua im Flüchtlingslager von Vanimo in Papua-Neuguinea sind keine „offiziell anerkannten“ Flüchtlinge. Das Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) hat Anfang Januar beschlossen, dass die Menschen keinen Flüchtlingsstatus genießen.

Was mit den Menschen im Flüchtlingslager geschehen soll, bleibt unklar. Die Regierungen von PNG und Indonesien hatten sich Ende letzten Jahres eigentlich darauf geeinigt, die Menschen notfalls mit Gewalt nach Westpapua zurückzubringen. Dieser Plan war später aus Kostengründen und wegen der unsicheren politischen Lage Westpapas seitens der PNG-Regierung fallengelassen worden. Die katholische Kirche, die sich bisher um die Flüchtlinge gekümmert hat, verlangt eine Umsiedlung aus dem Lager auf

staatliches Land, damit die Menschen sich durch Gartenbau selbst ernähren können. Die Kirche hat bereits etliche tausend Kina für die gesundheitliche Betreuung und Nahrung der Flüchtlinge ausgegeben und ist nun am Ende ihrer Finanzkraft, erklärte Michael Kalele, der katholische Generalsekretär für Frieden, Gerechtigkeit und Entwicklung in der Diözese. (PC, National, Pina Ni-us online 08.01.02)

VANUATU

Streiflichter aus Port Vila

(ein Kommentar von unserem Auslandskorrespondenten Hans Schmidt)

Neulich waren in der Zeitung Statistiken veröffentlicht, die mir ins Auge sprangen. Seit Monaten werden wir über Radio und Fernsehen mit Werbetrailern über das "Yia blo aelan kakae" genervt. 2001 ist das Jahr des einheimischen Essens. Ist ja toll, nur sind es die Einheimischen selber, die nicht hinhören, sondern lieber französisches Pappbrot und geschälten Reis futtern, und zwar in unvorstellbaren Mengen. Wenn man eine volle Portion in unserer Uni-Kantine ordert, würden wir Vier davon satt. Warum verlangen die Bauern etwa für eine Yamwurzel oder ein paar mickerige Taros über 20 DM auf dem Markt? Hier die Zahlen:

10.564 t Reis importiert in 1998 für 600,333 Mio Vanuatu-Vatu (4,65 Mio. €)
3.717 t Mehl importiert in 1998 für 158,65 Mio Vt (1,22 Mio. €)

Kürzlich bedauerten wir mal wieder die Salomonen und

klopfen uns auf die Schultern. Ja, in Vanuatu lassen wir nicht einfach die Malaysier unsere Bäume fällen und das Land kahlschlagen, hier darf nur ein fertiges Produkt exportiert werden. Genauso mit Kopra, es gibt die Fabrik in Santo, wo aus der gesamten Kopra des Landes Kokosöl gemacht wird. Ein Bastler hier in Vila kippt das Zeug in sein Auto, fährt damit und spart Benzin. Noch hat niemand sein Beispiel nachgemacht.

Dann höre ich von Streitereien zwischen der Ölmühle und dem Copra Marketing Board (VCMB). Und lese, dass die Kopraproduktion um 31 % zurückgegangen ist in den ersten 10 Monaten des Jahres (verglichen mit demselben Zeitraum 2000). Im Wert ist sie sogar um 44 % gefallen. Dabei hat das VCMB den Preis für die Tonne zur Mitte des Jahres von 15.000 auf 25.000 Vatu erhöht. 25.000 Vatu sind nicht viel (ca. 195 €) und eine Tonne Kopra zusammenzukriegeln ist viel. Aber auf den meisten Inseln hier ist es die einzige Möglichkeit, Geld zu verdienen.

Dadurch und durch andere Glanzleistungen ist der Wert der Exporte um 47,3 % gesunken. Dabei gibt es hier in ausreichenden Mengen Kaffee, Kava, Noni, Rindfleisch von freilaufenden Tieren, Fische, Schnittblumen und Gewürze.

Aber wie mir ein Bauer auf Maewo sagte: „Taro haben wir schon immer angebaut, Gemüse kostet zuviel Arbeit“ (und hat kein Prestige).

Insgesamt ergibt sich dadurch für das dritte Quartal 2001 ein Handelsdefizit von 2,592 Mrd. Vt (19 Mio. €), das sind 133 Mio Vt mehr als in demselben Quartal im letzten Jahr. (Hans Schmidt, 05.12.2001)

Schäden durch Erdbeben

Am 3. Januar wurde Vanuatu von einem Erdbeben der Stärke 7,3 auf der Richterskala getroffen. Das Epizentrum des Bebens lag 50 km westlich der Hauptstadt Port Vila. Das Erziehungsministerium und eine französische Schule wurden komplett zerstört, sie müssen wiederaufgebaut werden. Die wichtigste Werft im Hafen von Port Vila wurde schwer beschädigt. Dazu der Augenzeugenbericht von Hans Schmidt:

„Die Erde hat sich inzwischen ausgebebt, niemand ist daran gestorben, aber eine Brücke hat's erwischt und den größten Supermarkt der Stadt.

Teouma Bridge ist an der einen Seite einen Meter höher als die Straße, an der anderen einen Meter tiefer. Die Leute haben einfach Rampen gebaut und 4WD-Fahrzeuge fahren rüber. Wo sonst noch Spalten in den Straßen sind, hat man Stöcke reingetan, um die Autofahrer zu warnen.

Ernst sind die Schäden am Lycée Bougainville, der französischsprachigen Oberschule in Port Vila. Das Treppenhaus soll unbenutzbar sein und damit der Zugang zu Klassen- und Schlafräumen in den zwei oberen Geschossen. Geld für irgendwelche Reparaturen ist nicht vorhanden, die Regierung muss die Schulden des Vorgängers Barak Sope abarbeiten und bedient, um des lieben Friedens willen, lieber die Polizisten und Soldaten mit Geld für angebliche Überstunden.

Den Kreuzfahrer PACIFIC SKY sah ich letzten Montag mitten im Hafenbecken liegen, dann werden die Touristen (bis zu 1600!) mit Booten ein- und ausgeschifft und direkt in die Stadtmitte gebracht. Das wird die Taxi- und Busfahrer ärgern.

British Petroleum hat seine Werft für die Containerschiffe zur Verfügung gestellt, wir brauchen also nicht zu darben.“

Experten der Südpazifischen Kommission für Geowissenschaften (SOPAC) haben inzwischen die Bauplaner und Architekten der zerstörten Gebäude stark kritisiert. Diese wären nicht erdbebensicher gebaut, die Baumaterialien seien billig und schlecht verarbeitet gewesen. (PINA Nius online 03.01.02, Email von Hans Schmidt, SOPAC 25.01.02)

FIDSCHI

Speight begnadigt

Putschführer Georg Speight ist durch einen Gnadenerlass des Präsidenten Ratu Josefa Iloilo noch einmal mit dem Leben davongekommen. Richter Michael Scott hatte bei der Verhandlung gegen Speight am Obersten Gerichtshof in Suva die Todesstrafe verhängt. Gemäß der englischen Tradition in der Gerichtsbarkeit hatte sich Richter Scott bei der Verkündung des Urteils ein schwarzes Seidentuch als Zeichen des Todes über seine weiße Perücke gestülpt.

Speight war wegen seiner führenden Rolle beim Putsch im Mai 2000 des Landesverrats angeklagt, der mit dem Tod durch Hängen geahndet werden kann. Er hatte sich überraschend in allen Punkten der Anklage für schuldig bekannt. Auf Anraten der „Kommission für Barmherzigkeit“ hatte Präsident Iloilo die Todesstrafe in eine lebenslange Haftstrafe umgewandelt. Bis dato ist die Todesstrafe auf Fidschi noch

nie verübt worden. Die Barmherzigkeitskommission hat laut Verfassung von 1997 Mitspracherecht bei der Verhängung der Todesstrafe. Ironie des Schicksals: Speight wollte diese Verfassung abschaffen!

Der ehemalige Geschäftsmann Speight hatte im Mai 2000 die erste Regierung gestürzt, die von einem Fidschianer mit indischer Abstammung, Mahendra Chaudhry, geführt worden war. Die Putschisten hatten das Parlamentsgebäude in Suva über mehrere Tage besetzt und die Parlamentarier als Geiseln genommen, darunter auch Chaudhry.

Die letzten 18 Monate hatte Speight zusammen mit 12 Mitangeklagten im Gefängnis auf der Insel Nukulau eingesessen. Nach der Urteilsverkündung brachte man ihn in das Vortortgefängnis Naborou bei Suva. Auf seine unmittelbare Klage gegen die Verhältnisse in diesem Gefängnis wurde Speight zurück auf die Insel Nukulau verlegt, wo er nach eigenen Angaben einen „schönen Meerblick und Sandstrände“ (Zitat) genießen kann. (Pacnews 18.02., AFP 18.02. Fiji Times 19.02., NZZ 19.02., SMH 25.02.02)

Chaudhry klagt sich ein

Die oppositionelle Fiji Labour Party (FLP) unter dem Parteivorsitzendem Mahendra Chaudhry (Ex-Premier) hat vor dem Berufungsgericht Klage gegen die Regierung unter Premierminister Laisenia Qarase eingereicht und gewonnen. Das Gericht, bestehend aus fünf Richtern, warf Qarase einstimmig einen Verfassungsverstoß vor und bestimmte, dass auch Oppositionsmitglieder der Labour Party an der Regierung beteiligt werden müssen.

Die Verfassung von 1997 sieht vor, dass eine Partei, die mehr

als 10 % der Plätze im Parlament gewinnt, auch im Kabinett der Regierung vertreten sein muss. Obwohl die Labour Party bei den Wahlen im September letzten Jahres 27 der 71 Sitze, also 38 Prozent, gewonnen hatte, hatte kein Parteimitglied einen Kabinettsposten erhalten. Laut Chaudhry hätte die Labour Party aber mindestens sechs der 21 Kabinettsposten bekommen müssen.

Qarase hatte Chaudhry unmittelbar nach der Wahl in einem offiziellen Schreiben erklärt, die FLP könne am Kabinett beteiligt werden. Gleichzeitig hatte er mündlich mitgeteilt, eine Zusammenarbeit zwischen zwei so gegensätzlichen Parteien sei für ihn undenkbar.

Nach dem Gerichtsurteil ist der Weg für die Labour Party frei, obwohl Premier Qarase bereits angekündigt hat, in die Revision zu gehen. Qarase untersagte zudem jedem indischen Fidschianer den Eintritt in sein Büro.

Qarases Partei SDL besteht fast ausschließlich aus indigenen Fidschianern, während die linksgerichtete Labour Party traditionell die Partei der indischstämmigen Wähler ist. (BBC news 15.02, SMH 16.02.02)

AKP-Gipfeltreffen auf Fidschi

Der dritte Gipfel der Staats- und Regierungschefs der 77 AKP-Staaten (Afrika, Karibik und Pazifik) findet voraussichtlich vom 12. bis zum 13. Juli des Jahres in Nadi, Fidschi, statt. Das gab Generalsekretär Jean-Robert Goulongana bekannt. Fidschis Premierminister Laisenia Qarase sagte, er fühle sich durch die Wahl Nadis als Ort des Gipfeltreffens geehrt

und er bürge persönlich für die Sicherheit der Teilnehmer. Die (ursprünglich 46) AKP-Staaten hatten am 28. Februar 1975 in Lomé (Togo) das gleichnamige Abkommen mit der EU unterzeichnet. Mit dem Lomé-Abkommen wurde die Grundlage für eine 25-jährige Entwicklungspartnerschaft mit der Europäischen Gemeinschaft gelegt. Kernstück des Abkommens war die Gewährung zollfreien Zugangs zum EU-Markt für die AKP-Staaten, die durch Zusatzprotokolle für Zucker, Bananen und Rindfleisch ergänzt wurden. Zudem wurden unter dem Motto 'Handel und Entwicklung' umfangreiche Finanzhilfen zur Verfügung gestellt. Das Abkommen wurde mehrfach verlängert, auf Lomé II (1981-1985) folgte Lomé III (1986-1989) und Lomé IV (1990-2000).

Im Juni 2000 ist es zu einer umfassenden Neuregelung des Verhältnisses zwischen der EU und den AKP-Staaten gekommen. Das neue Cotonou-Abkommen, benannt nach der Hauptstadt von Benin, rückt die Armutsbekämpfung ins Zentrum der neuen Partnerschaft. Für die AKP-Staaten wesentlich ist der vielbeschworene "Geist von Lomé", die enge Verknüpfung von Entwicklungshilfe und Handelskooperation, zu Gunsten von liberalisierenden Marktöffnungsbestrebungen weitgehend zu Grabe getragen worden. Das Abkommen hat erstmals eine Gültigkeit von 20 Jahren. (Pacnews, 13.02.02, Infos bei <http://www.acpsec.org/gb/summit/fijia.html>)

Sanktionen aufgehoben

Die Europäische Kommission hat bei einem Treffen in Brüssel Ende Januar beschlossen, alle Sanktionen und Embargos gegen Fidschi aufzuheben.

Nach dem Putsch im Mai 2000 hatte die Europäische Union im Juni die Zahlungen von Hilfgeldern und die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Fidschi ausgesetzt. (Fiji Times 29.01.02)

SALOMONEN

Strenge Auflagen für Hilfe aus dem Ausland

Anfang Januar unterbrachen die Außenminister von Australien (Alexander Downer) und Neuseeland (Phil Goff) ihren Sommerurlaub für einen knapp zweitägigen Besuch in Honiara, der Hauptstadt der Salomonen. Sie waren auf Einladung von Premierminister Sir Allan Kemakeza gekommen, der ihnen zu Beginn der Verhandlungen eine „Wunschliste“ über ausländische Hilfgelder in Höhe von 41 Mio. AUS Dollar übergab. Mit dem Geld sollen der Gesundheitsbereich, das Erziehungs- und das Polizeiwesen wiederaufgebaut werden. Die Außenminister machten Kemakeza strenge Auflagen. Bis zur Erfüllung dieser werde das Land kein Geld aus Wellington oder Canberra erhalten. Die Regierung der Salomonen müsse zuerst ihre Ernsthaftigkeit und Fähigkeit zur „good governance“ unter Beweis stellen. Zunächst müssten Recht und Ordnung wiederhergestellt werden. Wenn sich die Regierung der Salomonen ernsthaft um den Wiederaufbau des kriegszerstörten Landes bemühe, werde man die Hilfgelder auszahlen. Alexander Downer versprach zusätzliche Unterstützung für den Wiederaufbau der Polizeikräfte, da die Salomonen über keine eigene Armee verfügen. Downer kün-

digte weiter an, er werde einen politischen Berater für drei Monate nach Honiara entsenden, der die Regierung fachlich unterstützen soll.

Allan Kemakeza versicherte, er werde sich um die Wiederherstellung von Recht und Ordnung bemühen. Außerdem werde er die vom ehemaligen Finanzminister Snyder Rini abgeschafften Zölle auf die Holz- und Tabakausfuhr und den Import von Tabak und Alkohol zur Stärkung der Wirtschaftskraft wieder einführen.

Hintergrund: Die seit 1978 unabhängige Inselgruppe der Salomonen östlich von Papua-Neuguinea hat bis zum Friedensabkommen von Townsville im Oktober 2000 unter ethnischen Auseinandersetzungen zwischen den auf der Insel Guadalcanal heimischen ‚Isatabu Freedom Fighters‘ und den von der Nachbarinsel Malaita aus zugewanderten Milizionären der ‚Malaita Eagle Force‘ gelitten. In der knapp zwei Jahre währenden kriegsrischen Auseinandersetzung waren Recht und Ordnung zusammengebrochen. Gesundheits- und Bildungssystem versagten, die Wirtschaft ging völlig nieder. Es gab kaum Steuereinnahmen und ebenfalls keine Einnahmen aus dem früher sehr lukrativen Holzexport. Die Verschuldung des Landes ist heute größer als das Bruttoinlandsprodukt. Die Regierung ist insolvent.

Im Dezember 2001 hatten unter internationaler Aufsicht Neuwahlen stattgefunden, die vorwiegend von Australien und Neuseeland finanziert worden waren. Phil Goff sagte, diese Wahlen hätten der neuen Regierung eine „demokratische Legitimität“ gegeben. Allerdings besteht die neue Regierung zu einem großen Teil aus Personen, die beim Putsch der Malaita Eagle Force im Juni 2000

aktiv beteiligt waren. So war z. B. Außenminister Alex Bartlett Mitglied im Obersten Rat der Eagle Force. Benjamin Una, Minister für das Polizeiwesen, war Kommandant eines Patrouillenbootes, das Zivilisten beschossen hatte. Auch Regierungschef Allan Kemakeza hatte enge Beziehungen zu militanten Gruppen und zu den Putschisten. Er war nach dem Putsch zum stellvertretenden Regierungschef ernannt worden. Premierminister Bartholomew Ulufa'alu war während des Putsches zum Rücktritt gezwungen worden, daraufhin wurde Manasseh Sogarave zum ‚care-taker‘ Premierminister bestimmt.

Im August 2001 nahm die Regierung Kontakt zu Taiwan auf und bat dort um einen Kredit in Höhe von 48 Mio. US Dollar. Damit sollten die Opfer der Kämpfe entschädigt werden. Im September stellte sich heraus, dass Kemakeza das Geld zu großen Teilen sich und seinen Beratern zugeschasst hatte, er wurde daraufhin wegen des Verdachts auf Veruntreuung von Geldern abgesetzt. Mitte Dezember des letzten Jahres erhielt er dann bei den Wahlen 29 von 50 Parlamentsstimmen, damit war Sir Allan Kemakeza neuer Premierminister der Salomonen. Kemakezas ‚Peoples Alliance Party‘ ging eine Koalition mit der ‚Partei der freien Wähler‘ ein. Stellvertretender Premier wurde Snyder Rini. (SIBC 12/01, World Socialist Web Site 17.02., NZZ 14.02.02)

HAWAI'I

New York Times des Verschweigens angeklagt

Beverly Kever, wissenschaftliche Lehrkraft am Institut für Journalismus der Universität von Manoa/Hawai'i, hat in ihrer Dissertation die Berichterstattung der amerikanischen Tageszeitung ‚New York Times‘ kritisiert. Kever untersuchte in ihrer 250 Seiten langen Doktorarbeit die Berichterstattung der Zeitung über die amerikanischen Atomwaffentests im Pazifik vor und während des Kalten Krieges. Ihrer Analyse zufolge berichtete die Times nur zu 56 % von den insgesamt 86 Atomwaffentests zwischen 1946 und 1962. Kever warf den Zeitungsmachern vor, bewusst über die Anzahl der Tests und die gesundheitlichen Folgen geschwiegen zu haben. Nur in einem von 128 Artikeln hätte es Hinweise auf die Gefährlichkeit von Plutonium im Inneren des Bombenkerns gegeben. Zudem sei die Berichterstattung in der Times oft oberflächlich gewesen. Die Zeitung habe Pressemitteilungen der amerikanischen Militärstützpunkte im Pazifik unbearbeitet in den „hintersten Ecken der Zeitung“ abgedruckt. (PIR 25.01.02)

TONGA, COOK, NAURU, KIRIBATI, PALAU

Tonga erhält Unterstützung

Nach den verheerenden Verwüstungen der Insel Vava'u (tonganisches Archipel) durch den Zyklon Waka ist Tonga auf Unterstützung von außen angewiesen. Katastrophensoforthilfe leistet hier die Regierung von Französisch-Polynesien. Präsident Gaston Flosse ist nach Tonga gereist, um sich

ein Bild vom Ausmaß der Verwüstungen zu machen. Nach seiner Rückkehr gab er bekannt, die im Januar von der polynesischen Territorialversammlung genehmigten Hilfgelder in Höhe von 770.000 US Dollar seien bei weitem nicht ausreichend. Zusätzlich zu den Geldern hat Französisch-Polynesien die „Groupement d'Intervention“ (eine Art Technisches Hilfswerk) einfliegen lassen, um mit den mitgebrachten Materialien wie etwa Wellblech die Häuser wieder aufbauen zu lassen.

Flosse sagte, er und Frankreich fühlten sich König Tupou IV von Tonga sehr verpflichtet. In den 80er Jahren hätte der König dafür gesorgt, dass Frankreichs Image bei den pazifischen Ländern trotz seiner Atomtestversuche im Moruroa - Atoll positiv sei. Mit der Nothilfe könne man dies nun endlich gutmachen, so Flosse.

Zyklon Waka war mit 250 Stundenkilometern über Vava'u gebrast und hatte dabei 90 % der Felder verwüstet. Die Vanille- und Kavaplantagen wurden vollständig zerstört, eine 38-jährige Frau kam ums Leben, als sie von umherfliegenden Gebäudeteilen getroffen wurde. Die Schäden wurden auf 50 Mio. US Dollar geschätzt. (Tahiti Presse 11.02.02, Tonga online)

Neuer Premier auf Cook

Dr. Terepai Maoate hat nach einem Misstrauensvotum sein Amt als Premierminister der Cook-Inseln niederlegen müssen. Bei dem bereits zweiten Votum innerhalb einer Woche stimmten 15 Parlamentsmitglieder für einen Rücktritt von Maoate, neun dagegen. Maoate war 1999 nach einem Misstrauensvotum gegenüber seinem Vorgänger ans Amt

gelangt. Neuer Premierminister ist der 53-jährige Pathologe Dr. Robert Woonton von der Insel Manihiki. Er hat bereits die sechs Minister für sein Parlament bestimmt. (*Pacnews 12.02, 13.02., Radio New Zealand 21.02.02*)

„Pazifische Lösung“ bringt Nauru Geld

Die sogenannte „pazifische Lösung“ kostet die australische Regierung weitere 10 Mio. AUS Dollar. In einem „Memorandum of Understanding“ einigten sich der australische Außenminister Alexander Downer und der Präsident von Nauru, René Harris, auf diese Summe. Im Gegenzug wird Nauru weitere 400 „boat people“ aufnehmen. Diese waren bei dem Versuch, Australien zu erreichen und dort als Flüchtlinge anerkannt zu werden, vor der Küste von der australischen Marine aufgegriffen worden. Australien weigert sich, die meist aus Kriegsgebieten stammenden Flüchtlinge im Land aufzunehmen und hat zur Zeit rund 1.500 Menschen im Rahmen der „pazifischen Lösung“ auf Inseln im Pazifik (Weihnachtsinsel, Nauru, Manus) untergebracht.

Das Abkommen zwischen Australien und Nauru sieht eine Aufnahme von Flüchtlingen bis zu einer Zahl von 1.200 vor. Mit dem Geld (bisher hat Nauru 30 Mio. AUS Dollar erhalten) soll das Gesundheitssystem verbessert, das Bildungssystem ausgebaut sowie die Infrastruktur und die Müllabfuhr verbessert werden. Die Kosten für Transport, Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge werden damit nicht abgedeckt.

Bisher hat Australien insgesamt 148 Mio. AUS Dollar für die pazifische Lösung ausge-

geben. (*SMH 12.12., 13.12.01, NZZ 22.01.02*)

Kiribati eröffnet Botschaft

Die Republik Kiribati im Zentralpazifik hat ihre weltweit erste Botschaft in Fidschi eröffnet. Am 15. Januar fand die Einweihung der Botschaft im Regierungsgebäude von Suva unter Beisein des Hochkommissars für Kiribati, Dr. Tetaua Taitai, und des fidschianischen Präsidenten Ratu Josefa Iloilo statt. (*pacnews 15.01.02*)

Brücke auf Palau eröffnet

Seit dem 11. Januar gibt es sie wieder: die Brücke zwischen den Inseln Koror und Babeldaob in Palau. Sie verbindet die administrative und touristische Hauptstadt Koror auf der Insel Koror mit der größten der 340 Inseln in Palaus Archipel, der Insel Babeldaob. Diese Insel vulkanischen Ursprungs ist mit ihren ausgedehnten Wäldern, einem See und vielen Flüssen Ausflugs- und Naherholungsgebiet für die Großstädter aus Koror und internationale Touristen.

Vor fünf Jahren war die alte Brücke zusammengebrochen, seitdem bestand nur eine Schiffsverbindung zwischen den Inseln.

Die Inseln von Palau sind die westlichsten Pazifikinseln, sie liegen rund 850 km östlich der Philippinen. Von den rund 494 Quadratkilometern Landfläche nehmen allein die Inseln Koror und Babeldaob 400 Quadratkilometer ein. Die Seefläche beträgt über 600.000 km². 1994 wurde Palau eine sich selbst regierende Republik in freier Assoziation mit den USA. Der Vertrag mit den USA läuft bis 2009, danach können die

Palauaner selbst über ihre politische Zukunft entscheiden. (*PINA Nius online 13.01.02, Pacific Islands Encyclopedia*)

FRZ. ÜBERSEEGBIETE

Kontroverse um Sprachgebrauch vor Gericht

Am 4. Dezember 2001 hatte die Französisch-Polynesische Territorialversammlung einstimmig für den Gebrauch der bis zu neun verschiedenen polynesischen Sprachen vor Gericht in Wort und Schrift gestimmt. Nun hat ein Appell der Französisch-Polynesischen Rechtsanwaltsgemeinschaft unter Präsident Francois Quinquis in Pape'ete/Tahiti für kontroverse Diskussionen um diese Abstimmung gesorgt. Quinquis argumentierte in einem Schreiben an den Regierungsvertreter Frankreichs in Tahiti, Michel Mathieu, der Gebrauch von polynesischen Sprachen sei rechtswidrig. Die offizielle Sprache in den französischen Überseegebieten sei Französisch, jede andere Entscheidung widerspreche der frz. Verfassung. Quinquis forderte die Einrichtung eines professionellen Übersetzungsservices für die Sprecher polynesischer Sprachen.

Das Schreiben des aufgebrachten Rechtsanwaltes hat die polynesische Menschenrechtsliga auf den Plan gerufen. Die Haltung der Rechtsanwaltsgemeinschaft in Tahiti schade der polynesischen Gerichtsbarkeit hieß es bei einer Versammlung der Liga.

Inzwischen überlegt das Hochkommissariat der Republik Frankreich in Paris, die Erlaubnis des polynesischen Sprachgebrauchs zurückzuziehen. (*Tahiti Presse 05.02., 17.02., Pacnews 07.02.02*)

Parteimitglieder ausgeschlossen

Die Tahitianerin Maryse-Tautiare Ollivier ist nach einem Entschluss der französischen Wahlrechtskommission aus der Territorialversammlung des französischen Überseegebietes ausgeschlossen worden. Tautiare war bei den Wahlen im vergangenen Jahr für die Unabhängigkeitspartei Tavini Huiraatira angetreten und hatte einen Parlamentsplatz gewonnen. Der Präsident der Tavini-Partei, Oscar Temaru, bezeichnete die Entscheidung der Wahlkommission als „koloniale Entscheidung“. Auf die Vorwürfe hin, Parteigenosse Loic Brigato habe für den „Rauswurf“ gesorgt, weil er selber in die Versammlung einziehen wolle, reagierte Temaru mit dem Ausschluss von Brigato aus der Partei.

Lorenz Gonschor (Pazifik-Netzwerk und Mitglied in der Tavini Huiraatira-Partei) erklärt die schwierigen Hintergründe:

„Tautiare ist 1963 in Tahiti geboren, hat aber lange Zeit in Paris gelebt und studiert. Sie machte 2001 ihren Abschluss in Pharmazie und kehrte nach Tahiti zurück. Aufgrund ihrer guten Ausbildung wurde sie von Oscar Temaru auf Listenplatz 6 für die Wahlen zur Territorialversammlung gesetzt und als zukünftige Gesundheitsministerin im Falle eines Wahlsieges der Tavini gehandelt.

Loic Brigato ist ein französischer Siedler, der in Tahiti eine private Fernsehstation gründete, die aber lange Zeit nicht genehmigt wurde, und von der Flosse-Regierung bis heute als illegaler Piratensender betrachtet und bekämpft wird.

Dieser Sender mit Namen Téléfenua ("Fernsehen des Landes") ist insofern für die Medienvielfalt nicht unwichtig, da es der einzige regierungskritische Sender in Tahiti ist. Logischerweise wurde er von der größten Oppositionspartei, Oscar Temarus Tavini Huiraatira, unterstützt, und näherte sich im Laufe der Zeit an diese an. Loic Brigatos Sender strahlte beispielsweise Interviews mit Temaru aus und produzierte Wahlwerbespots. Schließlich trat Brigato in die Tavini ein und Oscar Temaru setzte ihn auf Platz 11 der Wahlliste. Dies war für die Tavini propagandistisch wichtig, konnte sie mit einem französischen Siedler auf der Liste doch die ständigen Vorwürfe von Gaston Flosse, die Tavini sei fremdenfeindlich und rassistisch, entkräften.

Im Wahlkreis Inseln unter dem Wind (Tahiti und Moorea) erreichte die Tavini bei den Wahlen dann 10 von 32 zu vergebenden Sitzen. Tautiare war also gewählt, Loic Brigato dagegen hatte seinen Einzug ins Parlament knapp verfehlt.

Einige Tage nach der Wahl klagte ein anderer in Tahiti lebender Franzose, der mit Loic Brigato befreundet ist, beim Wahlprüfungsamt dagegen, dass Tautiare ins Parlament einzog, weil dies dem Gesetz widerspräche, nach dem jemand mindestens zwei Jahre in Französisch-Polynesien gelebt haben muss, um für die Territorialwahlen zu kandidieren. Die Bearbeitung dieser Beschwerde dauerte über ein halbes Jahr, der endgültige Entscheid kam erst Mitte Februar: Nachdem Tautiare neun Monate im Parlament saß, wird ihr der Sitz aberkannt und Loic Brigato rückt stattdessen nach. Seltsam daran ist allerdings, dass die von der Tavini vorgelegte Liste vor der Wahl vom Wahl-

prüfungsamt detailliert geprüft und zugelassen wurde. Eigentlich hätte somit Tautiares Nicht-Wählbarkeit vorher festgestellt werden müssen.

Schon damals kamen Gerüchte auf, Loic Brigato stecke hinter dieser Klage, da er als 11. Listenplatz automatisch ins Parlament aufrücken würde, sollte ein/e Tavini-Abgeordnete/r seinen/ihren Platz verlieren. Da die Mühlen der französischen Justiz langsam mahlen, geriet das Problem zunächst wieder in Vergessenheit. Oscar Temaru machte allerdings klar, dass er im Zweifelsfall immer auf Tautiares Seite stehen werde, da es nicht angehen könne, dass eine Maohi, die zum Nutzen ihres Landes in Frankreich studiert habe, unter ein Gesetz falle, das seiner Meinung nach nur dazu da sei, die Wahlen vor der Manipulation durch kurzfristig einströmende französische Siedler zu schützen.

Offensichtlich haben sich, zumindest in den Augen Oscar Temarus und seines Parteivorstandes, die Anzeichen erhärtet, dass Loic Brigato tatsächlich hinter dieser Klage steckt und somit aus Machtgier eine Abgeordnete aus dem Parlament "gemobbt" habe. Deswegen wurde er aus der Partei ausgeschlossen.

Polit-strategisch ist dies meiner Ansicht nach für die Tavini nicht gut, da sie erstens noch einen Abgeordneten weniger hat (Loic Brigato bleibt Abgeordneter, ist aber jetzt unabhängig), nachdem die Tavini bereits Ende 2001 eine Abgeordnete verlor, die von Flosse gekauft wurde und die Seiten wechselte. Zweitens hat die Tavini jetzt keinen ihr wohlgesonnenen Fernsehsender mehr. Drittens besteht die Gefahr, dass Loic Brigato nun, ohne Unterstützung einer Partei, von Flosse gekauft wird

und dadurch die regierungskritische Einstellung seines Fernsehsenders (somit die Vielfalt der Medien) gefährdet sein könnte. Viertens schließlich wird dieser Vorgang Flosse eine Steilvorlage liefern, die Tavini erneut des Rassismus gegen Franzosen zu bezichtigen.“ (Tahitipresse 21.02., PIR 22.02., Email Lorenz Gonschor 22.02.02)

Ausbreitung schädlicher Insekten befürchtet

Das Landwirtschaftsministerium von Französisch-Polynesien in Pape'ete befürchtet eine Ausbreitung schädlicher Insekten. Der 14 Millimeter große „glassy-winged sharpshooter“ (Gwss, lateinische Bezeichnung: *homalodisca coagulata*) ist der Überträger für bakteriell und viral bedingte Erkrankungen von Pflanzen. Der Gwss lebt ursprünglich im Frühjahr und Sommer an und von Steinfrüchten (Pflanze) und im Winter an Weinranken. Gefährlich wird er dadurch, dass er Erkrankungen durch das Saugen von kranken zu gesunden Pflanzen überträgt. Wie das z.B. auch blutsaugende Mücken tun, scheidet der Gwss vor dem Absaugen der Flüssigkeit Speichel und Fermente aus. So können Bakterien und Viren leicht auf gesunde Pflanzen übertragen werden. Zur Bekämpfung der Insekten können künstliche Schädlingsbekämpfungsmittel (Insektizide) oder parasitär lebende Wespen eingesetzt werden. Das Landwirtschaftsministerium prüft zur Zeit beide Möglichkeiten. Die Einfuhr von Wespen als eine Art „biologischer Waffe“ könnte jedoch auch einheimische Arten gefährden. Der Transport von Pflanzen aus Tahiti und Moorea auf die Nachbarinseln des Archipels ist ausgesetzt worden, um ein Übergreifen

der Insekten auf die anderen Inseln zu verhindern. (Tahiti Presse 04.02.02, Email Harald Fuchs 05.02.02)

Erstes Opfer bei Unruhen in Kanaky

Jean-Marie Goyetta, 26-jähriger Vater dreier Kinder, ist das erste Opfer der Auseinandersetzungen zwischen zwei Gemeinden nahe der neukaledonischen Hauptstadt Nouméa. Goyetta starb auf der Intensivstation des Krankenhauses an Wunden, die er bei einem Schusswechsel zwischen Siedlern der betroffenen Gemeinden erlitten hatte. Die Unruhen zwischen den benachbarten Gemeinden Saint Louis und der katholischen Missionsstation Ave Maria waren im Dezember vergangenen Jahres ausgebrochen. Grund für die Streitigkeiten sind die unklaren Landrechte. Auf dem Land von Ave Maria leben zur Zeit 1.000 Siedler aus dem französischen Überseegebiet Wallis und Futuna. Es handelt sich um Walliser. Die einheimischen Kanaken (kanake = dt. Mensch) aus dem Dorf Saint Louis beanspruchten dieses Land für sich.

In Neukaledonien leben insgesamt 20.000 Menschen aus Wallis und Futuna, damit rund 5.000 mehr als auf den beiden Inseln.

Weitere Ereignisse: Journalisten sind für ihre Berichterstattung im Rahmen der Unruhen von unbekanntem Tätern angegriffen worden. Der Herausgeber der satirischen Wochenzeitung „Le chien bleu“ (Der blaue Hund), Etienne Dutailly, wurde in seinem Büro von zwei Männern zusammengeschlagen. Ebenfalls zusammengeschlagen wurde wenige Tage später in ihrem Haus die Chefredakteurin des Radiosenders „Radio Djiido“, Lucienne Moreo-See. Mitarbeiter des Sen-

ders wurden angepöbelt, Dienstfahrzeuge beschädigt. Am 21. Februar ging Radio Djiido aus Protest gegen diese Methoden der Einschränkung von Pressefreiheit für 24 Stunden „off air“. (Oceania Flash 11.02., Pacnews 13.02., PIR 21.02.02)

30 Jahre NZ Botschaft

Die neuseeländische Botschaft in Neukaledonien (Kanaky) hat Anfang Februar ihr 30jähriges Bestehen in der Hauptstadt Nouméa gefeiert. Damit ist die Botschaft eine der ältesten diplomatischen Vertretungen im gesamten pazifischen Raum. Zur Jubiläumsfeier wurde vor dem Botschaftsgebäude eine Statue des neuseeländischen Maori-Künstlers Albert Te Pou enthüllt. Sie soll an die lange Freundschaft zwischen beiden Ländern erinnern. Bereits im Zweiten Weltkrieg waren 20.000 neuseeländische Soldaten in Neukaledonien stationiert. Heute leben noch rund 100 Neuseeländer in dem französischen Überseegebiet. (Pacnews 12.02.02)

AUSTRALIEN

Hungerstreik in Woomera beendet

Nach 16 Tagen haben die 400 zumeist afghanischen Flüchtlinge im australischen Woomera ihren Hungerstreik beendet. Mit dem Streik hatten die Flüchtlinge auf die katastrophalen Verhältnisse im Lager und die oft jahrelangen Asylverfahren aufmerksam machen wollen. Aus Protest hatten sich einige Menschen die Lippen zusammengeätzt.

Woomera ist eines von sechs Lagern, in denen die Regierung Asylsuchende bis zum Abschluss der Verfahren in „obligatorische Haft“ nimmt. Die ehemalige Raketenbasis Woomera liegt isoliert in einer wüstenartigen Gegend. Das Lager ist mit Elektrozäunen, Stacheldraht und Videokameras ausgerüstet, es ähnelt einem Hochsicherheitstrakt. Zuständig für die Bewachung der rund 1.000 Flüchtlinge ist die private Sicherheitsfirma Australian Correctional Management.

In Australien wächst der Widerstand gegen die repressive Asylpolitik der Regierung. Im Internet haben sich Tausende Bürger gemeldet, um ihre privaten Wohnungen den Flüchtlingen zur Verfügung zu stellen. Australische Intellektuelle bezeichneten die Verhältnisse in den Lagern als „Konzentrationslager ohne Gasvernichtungsanlagen“. Neville Roach, der von Immigrationsminister Philip Ruddock ernannte Vorsitzende des „Rates für ein multikulturelles Australien“, trat aus Protest gegen die Regierungspolitik zurück.

Die Informationsfreiheit wurde stark eingeschränkt. Journalisten müssen 250 m Abstand zum Stacheldrahtzaun einhalten. Lagerpersonal, Ärzte und Wächter unterliegen einer Schweigepflicht. Der Internationale Journalistenverband wies darauf hin, dass diese Beschneidung der Pressefreiheit dem demokratischen Ruf Australiens schwer schade. (NZZ 30.01., jungle world 25.01., 06.02.02)

Anti-Terror Abkommen mit Indonesien

Anfang Februar einigten sich Australien und Indonesien auf ein gemeinsames Anti-Terror-

Abkommen, das zunächst für ein Jahr gültig sein soll. Kernpunkt der Übereinkunft ist die Weitergabe und Verbreitung von Informationen aus den jeweiligen Regierungen, um „*internationalen Terror zu verhindern und zu bekämpfen*“. Des Weiteren wurde eine Zusammenarbeit beider Geheimdienste und Justizsysteme vereinbart, um terroristische Vereinigungen besser zerschlagen zu können.

Das Abkommen war auf indonesische Initiative hin entstanden. Der australische Premier John Howard bekräftigte am Rande, das ‚Memorandum of Agreement‘ beinhalte nicht eine Einmischung seiner Regierung in interne indonesische Angelegenheiten wie etwa die Unabhängigkeitsbestrebungen der Provinzen Aceh und Papua. Beide Länder haben angekündigt, ein gemeinsames „Forum der Muslime“ zu gründen, um einen Dialog zwischen australischen und indonesischen Muslimen zu initiieren. Außerdem wird Australien Indonesien fünf Polizeiboote schenken, um die Küstengebiete besser zu überwachen und den illegalen Menschenschmuggel zu verhindern. (SMH 07.02, 08.02.02)

Pauline Hanson zurückgetreten

Die Gründerin der nationalistischen Partei „One Nation“ ist Mitte Januar zurückgetreten. Pauline Hanson, ehemalige Besitzerin eines Fish & Chips Shops, begann ihre politische Karriere 1996 mit dem Gewinn eines Senatsitzes in Queensland. Im April 1997 gründete sie die Partei „Pauline Hanson's One Nation“, kurz „One Nation“, eine stark rechtslastige Partei, die mit Parolen wie „Australien wird von Asiaten überschwemmt!“ auf sich auf-

merksam machte. Den größten Sieg konnte One Nation im Juni 1998 feiern, als die Partei bei den Neuwahlen in Queensland ein Viertel aller Stimmen (11 Sitze) auf sich vereinigte. Bei den letzten Wahlen im Oktober 2001 erhielt die Partei nur noch 4,3 % der Wählerstimmen.

Die künftige Führung der Partei liegt nun in den Händen von John Fischer, Abgeordneter im westaustralischen Parlament. (AUS newsletter 01.02.02, eigene Recherche, SMH online)

Aktivisten gründen Netzwerk

In Australien hat sich ein Netzwerk zur Solidarität mit asiatischen und pazifischen Ländern gegründet. Das „Action in Solidarity with Asia and the Pacific“ (ASAP) setzt sich für soziale Gerechtigkeit, Demokratisierung und Selbstbestimmtheit der indigenen Völker in der Region ein. ASAP spricht sich gegen eine australische ‚Intervention‘ in Indonesien, Osttimor und Westpapua ein, kritisiert die Aktivitäten und Pläne von Weltbank und Internationalen Währungsfonds und unterstützt die Unabhängigkeitsbewegungen in Timor und Aceh.

ASAP ist gegen jede Einmischung seitens Australien und der USA in interne Angelegenheiten der Völker im asiatisch-pazifischen Raum. Das Netzwerk hat alle in und zu den Regionen arbeitenden Nichtregierungsorganisationen aufgerufen, sich „*am Kampf gegen die neoliberale Globalisierung*“ zu beteiligen und die Souveränität der asiatisch-pazifischen Völker zu schützen. (Pressemitteilung ASAP 29.11.01)

Aldi auf dem Vormarsch

Der deutsche Lebensmitteldiscounter der Gebrüder Albrecht ALDI weitet sein Engagement in Australien weiter aus. Im Januar eröffnete der Konzern zwei weitere Filialen in Sydney. Im Bundesstaat New South Wales gibt es dann 26 Aldi-Filialen. Die Firma hat bereits Grundstücke in Melbourne und Brisbane für weitere Filialen erworben. Das Wirtschaftsmagazin „Business Review Weekly“ geht davon aus, dass sich Aldi zum drittgrößten Lebensmittel-Einzelhändler in down under entwickeln wird. (*Business Review Weekly online, newsletter 2/02*)

NEUSEELAND

Gespräch über Atomtests

Die neuseeländische Premierministerin Helen Clark hat angekündigt, bei ihrem für März geplanten Treffen mit dem amerikanischen Präsidenten George W. Bush auch über die eventuelle Wiederaufnahme von Atomtests im Pazifik zu sprechen. Bush hatte kürzlich nicht ausgeschlossen, Atomtests im Pazifik zu wiederholen. Obwohl die Nuklearwaffendepots im Pazifik verringert werden sollen, müsse gewährleistet sein, dass diese im Notfall zuverlässig und einsatzbereit seien, hieß es aus dem Weißen Haus.

Das für den 26. März anberaumte Treffen der Regierungschef ist das erste Treffen eines amtierenden Präsidenten der USA mit einem Parteimitglied der linken Labour-Regierung seit 1975. In den 80er Jahren hatte sich das Verhältnis beider Länder abgekühlt, weil Neuseeland von Be-

ginn an eine strikte nuklearfreie Politik fuhr. So gehörte das Land down under zu den Erstunterzeichnern des „Nuclear Free Treaty“ von 1985.

Hintergrund: Auf das Engagement des South Pacific Forum hin war 1985 auf Rarotonga/Cook-Inseln der Vertrag über einen atomwaffenfreien Pazifik zustande gekommen. Das Abkommen, dem sich u.a. China, England und Frankreich (1996) anschlossen, verbietet die Herstellung, die Stationierung und die Entsorgung von Atomwaffen in der Vertragszone. Es verbietet allerdings nicht den transpazischen Schiffs-transport von Atomwaffen. (*Pacific News 24.01.02, Pacific Islands Encyclopedia*)

Golden Globe für Crowe

Der in Neuseeland geborene Schauspieler Russel Crowe hat einen Golden Globe für seine Rolle als schizophrener Mathematiker in dem Film „A beautiful mind“ gewonnen.

Der Film war für insgesamt sechs Golden Globes nominiert, er gewann vier in den Kategorien: Bester Schauspieler, bestes Drehbuch, bestes Drama, beste Nebendarstellerin.

Unter der Regie von Ron Howard spielt Russell Crowe das egozentrische Mathematikgenie John Forbes Nash. Der ‚reale‘ Nash ist heute 73 Jahre alt, er war bereits mit 22 Jahren Doktor der Mathematik an der Princeton University. 30-jährig erkrankte er an paranoider Schizophrenie, von der er sich erst 1990 wieder erholte. Vier Jahre darauf erhielt Nash den Nobelpreis für eine Arbeit über Spieltheorie. (*www.cinema.de*)

BRENNPUNKTE/ HINTERGRÜNDE

Todesdrohung gegen Menschenrechtsaktivisten

Führende Vertreter der Menschenrechtsbewegung in der indonesischen Provinz Papua sind in akuter Lebensgefahr. Zusammen mit vier anderen deutschen Nichtregierungsorganisationen forderte die Vereinte Evangelische Mission (VEM) den Beauftragten der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe, Gerd Poppe, in einem Brief dazu auf, alle zur Verfügung stehenden diplomatischen Instrumente zum Schutz der bedrohten Menschenrechtsverteidiger einzusetzen.

Johannes Bonay und John Rumbiak, Direktor und Koordinator des Instituts für Menschenrechte ELSHAM stünden auf einer Liste in den nächsten Wochen "zu eliminierender Personen" der Sondereinheit Kopassus des indonesischen Militärs. Diese Nachricht erhielt eine Mitarbeiterin des Menschenrechtsinstituts von einer Vertrauensperson in indonesischen Militärkreisen telefonisch am 11. Februar.

Nach der Ermordung des Vorsitzenden des Präsidiums des "Rates der Papua", Theys Eluay, am 10. November 2001 hatte ELSHAM einen erheblichen Anteil an der Aufdeckung von Fakten, die darauf hindeuten, dass die Kopassus-Einheit in den Mordfall verwi-

ckelt ist und dieser politisch motiviert war. ELSHAM hat dazu beigetragen, dass diese Fakten auch im Ausland bekannt geworden sind und nun Druck auf die indonesische Regierung ausgeübt wird, den Mordfall aufzuklären.

Die indonesische Präsidentin Megawati Sukarnoputri hat daraufhin einen nationalen Untersuchungsausschuss eingesetzt, der allerdings in dieser Zusammensetzung von der Bevölkerung in Papua abgelehnt wird, da er weitgehend aus Angehörigen von Militär, Polizei und Regierung besteht.

Die unterzeichnenden Organisationen, neben der VEM das Westpapua-Netzwerk, die Deutsche Kommission Justitia et Pax, das Diakonische Werk der EKD und Watch Indonesia! stehen seit mehreren Jahren in engem Kontakt mit der Organisation ELSHAM. (VEM Pressemitteilung 13.02.02, 15.02., Tapol 01.02.02)

SPORT IM PAZIFIK

Fidschianer in Salt Lake City

Der 22-jährige Laurence Thoms ist der erste ‚Pazifikinsulaner‘, der sich für die Olympischen Winterspiele in Salt Lake City qualifizieren konnte. Der 1,78m große Alpin-Skifahrer ist Sohn einer Fidschianerin und eines Neuseeländers. Er lebt in Neuseeland und hatte dort auch die Gelegenheit zum Training auf dem Mount Ruapheu. Thoms tritt in den Disziplinen Slalom und Riesen-Slalom an. Trainieren konnte der Fidschianer mit Hilfe eines Stipendiums des IOC in den letzten Monaten in der Schweiz.

Die Republik Fidschi war erstmals 1988 zu den Olympischen Spielen zugelassen worden, dies allerdings über eine „wild card“. Sie konnte bisher noch nie eine Medaille bei Winterspielen erringen, weil es in Fidschi neben Thoms nur noch einen weiteren Skiläufer gibt. Die Fidschianer sind zugleich die einzigen Wintersportler im gesamten Pazifik (mit Ausnahme von Australien und Neuseeland).

Das Nationale Olympische Komitee von Fidschi war 1949 gegründet und 1955 vom IOC offiziell anerkannt worden. Präsident Dr. Robin Everett Mitchell ist auch Mitglied im Ausschuss des IOC. (pacnews 25.01.02, www.saltlake2002.com)

Außenseiter gewinnt Kleinbahn-Eisschnelllauf

Der 29-jährige Australier Steven Bradbury hat in einem spektakulären Shorttrack-Rennen über 1.000 m die Goldmedaille gewonnen. Bradbury war als Außenseiter gestartet, er lief weit abgeschlagen als letzter hinter der Spitzengruppe der Eisschnellläufer her. Favorit Apolo Anton Ohno (genannt „Rakete“) erlebte eine böse Bauchlandung. Zum Entsetzen seiner US-Landsleute war der Star in einen von dem Chinesen Li Jiajun ausgelösten Massensturz in der letzten Kurve verwickelt. Mit Ohno schossen sich sämtliche Sieganwärter gegenseitig von der Bahn, so dass Bradbury mangels Gegner als Erster über die Ziellinie lief.

Die in den Sturz verwickelten Läufer schleppten sich halb gehend, halb kriechend über die Ziellinie. Der 19-jährige Ohno robbte schwerverletzt mit Schnitwunden ins Ziel und musste im Rollstuhl zur Siegerehrung gefahren werden. Die Bronzemedaille

gewann der Kanadier Matieu Turcotte, der auf Knien über die Ziellinie rutschte.

Shorttrack ist ein auf Rundbahnen von 111 m Länge ausgelegenes Eisrennen. Es gibt Wettbewerbe über 500 (Frauen) bzw. 1.000 m (Männer) sowie Staffeln (3.000 bzw. 5.000 m). Je drei oder vier Teilnehmer laufen gegeneinander; die Kurven sind mit Gummihütchen markiert, die nicht berührt werden dürfen. Seit 1992 sind Shorttrack-Rennen olympische Disziplin. (Fränkische Landeszeitung 18.02.02)

Tahitianische Boxer bereiten sich vor

Die polynesischen Boxföderation hat die Boxer ernannt, die Französisch-Polynesien bei den französischen und ozeanischen Boxmeisterschaften vertreten sollen. Sechs Juniorboxer aus allen Gewichtsklassen werden vom 11. bis 17. März bei den französischen Meisterschaften in Paris antreten. Neun weitere Boxer werden vom 8. bis 13. April in Neuseeland bei den ozeanischen Meisterschaften für ihr Land antreten. (Tahiti Presse 07.02.02)

Weltmeisterschaft der Pirogen

Vom 9. bis 15. März des Jahres findet in Bora Bora (Französisch-Polynesien) die Weltmeisterschaft der Pirogen statt. Bisher haben sich 908 internationale Pirogen und 400 einheimische dazu angemeldet. Das sportliche Großereignis ist einzigartig in der Welt und wird live an 10 Stunden täglich von der einheimischen Fernsehgesellschaft TNTV im gesamten Archipel einschließlich der Nachbarinsel Cook übertragen.

Eine Piroge (tahitianisch: va'a) ist ein durch einen (kleinen) Ausleger verstärkter großer Einbaum, der alleine oder mit mehreren Personen gepaddelt werden kann. (*Tahiti Presse 07.02.02*)

BUNT GEMISCHT

Schlank durch Soap Operas

Fidschi: Fernsehen macht schlank! Das hat die Ethnologin Anne Becker entdeckt. Viele Wissenschaftler machen den Körperkult in den Medien für Essstörungen bei Frauen (z. B. extreme Magersucht oder Bulimie) verantwortlich. Doch wer ist wirklich für die Figur ausschlaggebend, der mediale Schlankheitswahn oder kulturelle Einflüsse und Traditionen?

Die Ethnologin hat mit ihrer Studie auf den Fidschi-Inseln Hinweise darauf gefunden, dass das Fernsehen eine größere Rolle spielt als kulturelle Traditionen. Auf Fidschi sind etwa 4/5 der Frauen Übergewichtig. Runderere Formen entsprechen eigentlich dem Schönheitsideal der Fidschianer. Früher fürchteten sich Frauen vor dem Abnehmen, aus Angst, dann nicht mehr begehrenswert für die Männer zu sein.

Mit der Einführung des Satellitenfernsehens vor fünf Jahren haben sich diese Werte dramatisch verändert. Becker entdeckte auf Fidschi viele Frauen, die versuchen, ihr Gewicht mit Erbrechen zu verringern. Die Zahl krankhafter Essstörungen ist in den letzten Jahren abnorm angestiegen. In vergleichenden Studien stellte

die Ethnologin fest, dass Frauen, die regelmäßig die amerikanischen Seifenopern „Melrose Place“ und „Beverly Hill 90210“ anschauen, sich doppelt so häufig als „zu dick“ empfanden wie die Frauen, die wenig oder gar kein Fernsehen schauten. Die Bereitschaft, sich einer Diät zu unterziehen, lag um ein Drittel höher als in der Vergleichsgruppe. (*Gesundheit im Internet, www.g-netz.de 05.02.02*)

Kalebasse ist Gemüse des Jahres 2002

Deutschland: Der „Verein zur Erhaltung der Nutzpflanzenvielfalt“ (VEN) hat den Flaschenkürbis, auch Kalebasse genannt, zur Kulturpflanze des Jahres gewählt. Die Kalebasse ist die einzige Kürbisart, die vor der Entdeckung Amerikas in Mitteleuropa kultiviert wurde. Der Flaschenkürbis gehört damit zu den ältesten Kulturpflanzen der Welt. Ursprünglich aus Afrika stammend, ist er in allen tropischen und subtropischen Gebieten als Kulturpflanze verbreitet und verwildert dort auch leicht. Die harten, trockenen und wasserundurchlässigen Fruchtschalen können lange im Meerwasser treiben, ohne dass die Samen ihre Keimfähigkeit einbüßen.

Ausgereifte Kalebassen werden u.a. als Vorrats- und Schmuckgefäße, Geschirr, Werkzeuge, als Schwimmer für Fischnetze, Musikinstrumente, Tabakdosen, als Weinheber (in Österreich und Ungarn), als Vogelnisthöhlen (in Nordamerika) und als Grillenkäfige (China) benutzt. In Ozeanien werden Kalebassen meist mit Brand- und Schnitzmustern verziert und als Trinkgefäße, zur Aufbewahrung und zur Herstellung von Tanzmasken verwendet. (*VEN Pressemitteilung 28.01.01*)

Urlaub im Weltall

Tonga: Der amerikanische Raketshersteller InterOrbital Systems (IOS) aus Kalifornien erwägt den Bau einer Raketenabschussstation auf der Insel 'Eua im tonganischen Archipel. Randa Milliron, leitende Angestellte bei IOS, erklärte, die Firma suche nach einer Insel im Südpazifik, von dort aus sei eine ideale Flugbahn ins Weltall gesichert. IOS will sich als Anbieter von Weltraum-Ferienreisen auf dem touristischen Sektor etablieren.

Die von der südpazifischen Insel aus gestarteten Raketen könnten zwei Piloten und zwei Touristen sieben Tage lang durchs All fliegen. Ab dem Jahr 2004 soll die zwei Mio. US Dollar teure Reise, die eine 60-tägige Vorbereitungszeit in einem Trainingslager beinhaltet, möglich sein, heißt es auf der Internetseite der Firma. IOS habe bereits mit dem tonganischen Minister für Raumfahrt und dem König verhandelt.

'Eua liegt 10 Flugminuten von Tongas Hauptstadt Nuka'alofa entfernt und hat 5.000 Bewohner. In der Vergangenheit machte die Insel mit ungewöhnlichen Methoden des Fundraisings auf sich aufmerksam, z. B. in den 80er Jahren mit dem Verkauf von Reisepässen.

Im April 2001 war der amerikanische Multimillionär Dennis Tito erstmals als Tourist für 20 Mio. US Dollar ins Weltall gereist. (*Reuters 17.01.02, für zukünftige Weltraumtouristen: www.interorbital.com*)

Zum Tod von Grace Molisa

Vanuatu: Am 4. Januar verstarb im Alter von 55 Jahren in Port Vila die vanuatische Frau-

enrechtlerin Grace Mera Molisa.

Molisa war 1977 die erste Ni-Vanuatu, die ein Universitätsdiplom in Politik und Soziologie machte. 1979 war sie die einzige Frau im Komitee zur Ausarbeitung der Verfassung für die Republik Vanuatu. Sie setzte sich Zeit ihres Lebens für die Rechte einheimischer Frauen ein, engagierte sich für einen atomwaffenfreien Pazifik und für den Schutz der Umwelt. Molisa arbeitete eng an der Seite des ersten Premierministers der Republik, Father Walter Lini. Zum Zeitpunkt ihres Todes war sie Präsidentin des National Council of Women. Grace Molisa wurde auch international bekannt durch ihre Gedichtbände „Black Stone“ (1983) und „Colonised People“ (1987). Grace Molisa war verheiratet mit dem amtierenden Minister für Landangelegenheiten in Vanuatu, Sela Molisa. (*British friends of Vanuatu newsletter 19.01., International Women's Tribune Centre 04.02.02*)

Euro jetzt auch im Pazifik

Frz. Überseegebiete: Die seit dem 1. Januar 2002 in zwölf europäischen Ländern eingeführte Währungseinheit Euro € hat einige Tage nach Neujahr auch die französischen Überseegebiete im Pazifik erreicht. Fortan kann man mit dem Euro auch in Neukaledonien (Kanaky), Französisch-Polynesien und Wallis und Futuna bezahlen. Im Unterschied zu den europäischen Ländern, wo nur noch der Euro als Zahlungsmittel verwendet werden darf, behalten die Überseeterritorien ihre „alte“ Währung, den Französisch-Pazifischen Franc, jedoch bei. Ein Euro entspricht 119,33 FP Francs. (*Pacnews 04.01.02*)

Presse muss Abstand halten

Jakarta: Der Palastsprecher der indonesischen Präsidentin Megawati Sukarnoputri hat Journalisten verboten, spontane Interviews mit der presse-scheuen Regierungschefin zu führen. Die Journalisten dürfen die Präsidentin nicht mehr beim Verlassen des Palastes befragen. Es muss ein Sicherheitsabstand von 1,5 Meter zur Präsidentin eingehalten werden. Vor jedem Gespräch muss eine schriftliche Terminabsprache mit dem Palast erfolgen, damit sich Sukarnoputri inhaltlich vorbereiten kann. Megawati hat seit ihrem Amtsantritt im Juli 2001 selten öffentlich Stellung bezogen. Diese Politik der „geschlossenen Türen“ frustriert auch ausländische Medienvertreter, die gerne eine Stellungnahme in bezug auf die Unabhängigkeitsbewegungen von Aceh und Westpapua bekommen würden. (*Reuters 26.01.02*)

Durch Strip-Show gerettet

Sulawesi: Einer ungewöhnlichen Rettungsmaßnahme bedienten sich die Ehefrauen von illegal Holz schlagenden Waldarbeitern. Als ihr Camp von Förstern der indonesischen Waldbehörde entdeckt wurde, stellten sich die Frauen vor die Beamten und zogen sich nackt aus. Die Beamten ergriffen daraufhin die Flucht und ließen die Schwarzarbeiter und das wertvolle Holz unbehelligt. Ein Provinzgouverneur erklärte

später, die Beamten seien zwar „echte Kerle“, aber sie hätten es nicht „übers Herz gebracht, den nackten Hausfrauen mit Gewalt zu begegnen“ (Zitat). (*Associated Presse 12.12.01*)

Frauen in Männerdomänen

Gleich zweimal sind Frauen in diesem Jahr in traditionelle Männerdomänen im Pazifik eingebrochen.

Auf der Insel Kosrae (Föderierte Staaten von Mikronesien) wurde Ruth Martin als erste weibliche Polizistin eingeschworen. Martin hatte von 1998 bis 2001 beim amerikanischen Militär im Bundesstaat Louisiana gedient und sich nach ihrer Rückkehr um die Stelle als Polizistin beworben. Nötig geworden war die Besetzung mit einer Frau durch den Anstieg von Verbrechen durch und gegen Frauen. „Eine Frau bekommt einfach besseren Zugang zu den weiblichen Opfern von Gewaltverbrechen“ erklärte Justizminister Ron Bickett. (*Interview mit R. Martin 23.02.02*)

In Papua-Neuguinea haben Nonnie Eri (19) und Marryanne Loko (18) ihre Ausbildung im Maritime College von Madang begonnen. Sie werden dort auf ihre Arbeit an Bord der Chevron Texaco Tank- und Frachtschiffe vorbereitet. Bisher gibt es nur zwei Frauen aus PNG auf den Tankschiffen. Sie bezeichneten ihre Arbeit unter lauter Männern als Chance, allen zu zeigen, „dass für Frauen nichts unmöglich ist“. (*PIR 12.01.02*)